

An die Ortsgruppe Freising
der Fridays for Future



Tannenweg 6 | 85354 Freising
Tel. 08161/66389 | peter.warlimont@gmail.com

3.3.2020

Liebe Freisinger Fridays,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine.

Auch wenn durch Ankreuzeln eine "unkomplizierte Positionierung" möglich wäre, will ich Ihnen in meinem Namen und im Namen des SPD-Stadtvorstands ausführlich und in ganzen Sätzen antworten, weil der Hintergrund der meisten der 12 Wahlprüfsteine aus meiner Sicht zu komplex ist, um darauf seriös mit 'Ja', 'Nein' oder 'Neutral' antworten zu können.

1. "Wir wollen CO2-Neutralität in allen Sektoren bis 2030 erreichen."

Ich nehme an, dieser Prüfstein bezieht sich auf das Stadtgebiet Freising.

Erreichen würde ich CO2-Neutralität in Freising bis 2030 gerne, aber unter den bestehenden Rahmenbedingungen kann man diesen Prüfstein unmöglich seriös mit 'Ja' beantworten.

► Wärmeversorgung:

Bei Neubauten ist klimafreundliche Wärmeversorgung durch die Stadt Freising über Bebauungspläne etc. halbwegs durchsetzbar – sowohl bzgl. Heiztechnik (Wärmepumpe, Nahwärmenetze, Solarthermie o.Ä.) als auch bzgl. Baumaterialien, Wärmedämmung etc.

Inwieweit bei der Entwicklung von Neubaugebieten bzgl. der Wärmeversorgung Hilfe durch Zuschüsse von außen (Land, Bund, EU) notwendig ist (auch im Geschoßwohnungsbau), kann ich nicht abschließend beurteilen. Manches spricht aber dafür, wenn ich mir das kürzlich geplante Baugebiet in Allershausen ansehe, bei dem eine klimaneutrale Wärmeversorgung wohl auch an finanziellen Aspekten gescheitert ist.

Bei den Bestandsbauten erscheint eine Umrüstung der Wärmeversorgung im Stadtgebiet auf klimaneutrale Techniken bis 2030 völlig unrealistisch. Innerhalb von 10 Jahren müssten tausende Heizungsanlagen ausgetauscht, Nah- und Fernwärmeleitungen neu verlegt, Blockheizkraftwerke errichtet werden usw. Für etliche private Besitzer von Wohneigentum und für viele Mieterinnen und Mieter bedeutet eine Umrüstung eine erhebliche finanzielle Belastung, die zumindest von der Stadt Freising nicht aufgefangen werden kann.

Nach wie vor scheint mir nicht gesichert, wie Nahwärmenetzversorgung künftig flächendeckend betrieben werden kann. Für das derzeit im Innenstadtbereich verlegte Nahwärmenetz der Stadtwerke gibt es meines Wissens aktuell die Fernwärme u.a. aus dem Kohlekraftwerk bei Zolling. Auf die Frage nach dem künftigen Energieträger für dieses Nahwärmenetz meinte die Leitung der Stadtwerke einmal "vielleicht zunächst mit Erdgas" - hm.

Offensichtlich besteht in diesem Bereich noch viel Klärungsbedarf.

Synthetisches Gas, das mit Hilfe von Ökostrom gewonnen wird, könnte wohl ein wirklich hilfreiches Instrument sein. Allerdings muss dazu die Produktion von Ökostrom (Sonne, Wind) massiv ausgeweitet werden. Auf die Größenordnungen, um die es da geht, hat die Stadt Freising aber keinen Einfluss.

► Mobilität:

Eine erhebliche Stärkung des Rad- und Busverkehrs ist unabdingbar und bringt uns der Klimafreundlichkeit deutlich näher.

Aber auch dann wird es weiterhin Autoverkehr geben, alles andere ist Illusion. Und Busse fahren derzeit mit Diesel, ebenso Lastwagen. Genauso wichtig wie die Stärkung von Rad, Bus (und Bahn) ist daher die Umstellung des Antriebs von Autos, Bussen, LKWs (und Zügen) auf ökostrom-basierte Technologien.

Die antriebstechnologische Umstellung des motorisierten Straßenverkehrs liegt nur zum kleineren Teil in der Hand der Stadt Freising. Sie kann entsprechende Busse bestellen (wobei sie für evtl. höhere Preise ziemlich sicher Zuschüsse brauchen wird, wie übrigens generell für den effektiven Ausbau des Busnetzes), sie kann die öffentliche E-Ladeinfrastruktur verbessern, nicht aber die noch wichtigere im privaten Raum. Auf den LKW-Verkehr hat die Stadt gar keinen Zugriff.

Im Verkehrssektor gibt es also Ansatzpunkte für die Stadt, aber auch wenn sie ihre Möglichkeiten ausschöpft (was sie tun soll!), kann sie aus eigener Kraft CO₂-Neutralität bei Weitem nicht erreichen.

► **Stromerzeugung:**

Eine Erzeugung der im Bereich der Stadt Freising benötigten Strommenge (für Verkehr, Wärme, Produktion, Gewerbe, Dienstleitungen, Beleuchtung, IT usw.) auf Ökostrombasis ist auf dem Stadtgebiet nicht möglich. Der Raum für die nötige Zahl an Windrädern ist nicht gegeben.

Im Bereich der Photovoltaik (und auch der Solarthermie) gibt es sicher beträchtliche Ausbaupotenziale (Hausdächer, Freiflächenanlagen), aber eine CO₂-Neutralität aus eigener Kraft ist nicht möglich.

2. "Wir erfüllen alle Forderungen des Bürgerbegehren Radentscheid fristgerecht."

Das Bürgerbegehren Radentscheid liefert viele wertvolle Impulse – der Punkt 1 des Begehrens ist aber nach derzeitiger Rechtslage nicht umsetzbar. Von daher ist das Radbegehren keine wirklich geeignete Arbeitsgrundlage. Der "Masterplan Fahrrad" der SPD ist da konkreter und setzt überprüfbare Ziele, auch die bereits beschlossenen Maßnahmen der Stadt Freising hinsichtlich Ausbau des Radverkehrs weisen in die richtige Richtung und werden den Radverkehr in Freising stärken.

Auch wenn der Radverkehr in Freising künftig 30 oder 40 Prozent der derzeitigen Autofahrten ersetzen sollte, was zu wünschen wäre, wird es aus den unter Prüfstein Nr. 1 genannten Gründen für CO₂-Neutralität nicht reichen.

3. "Wir reduzieren den Autoverkehr in Freising. Dafür sind wir bereit, die Vorteile des Autos einzuschränken, während wir Fuß, Rad und Bus begünstigen."

Grundsätzlich ein 'Ja' mit Augenmaß.

Stadtpolitik hat die Verantwortung, sich mit den ganz unterschiedlichen Bedürfnissen aller Bewohnerinnen und Bewohner auseinanderzusetzen und, wo möglich, Interessen zusammenzuführen und Ausgleich herbeizuführen. Das klingt vielleicht etwas langweilig nach Kompromiss, aber Kompromisslosigkeit befeuert Spaltung, Abgrenzung und Gegeneinander – ich will Zusammenarbeit und Miteinander.

Viele Menschen leben in Situationen, in denen sie ihre Existenz nicht sichern und die Erfordernisse ihres Alltags nicht bewältigen können ohne Auto.

Wer in der Erdinger Straße wohnt und in Aresing bei Schrobenhausen seinen Lebensunterhalt verdient, wer in Helfenbrunn wohnt, in Volkenschwand arbeitet und dreimal in der Woche abends nach der Arbeit noch bei den allmählich hilfebedürftigen Eltern in Vötting vorbeischaud, kann das nicht ohne Auto schaffen. Im Moment sowieso nicht, aber auch künftig mit deutlich besser ausgebauten Busverbindungen wird es für viele Wege zur Arbeit und im Rahmen des sonstigen Lebens keine effektive Alternative zum Auto geben, vor allem nicht in den ländlich-kleinstädtischen Räumen wie unserem.

Menschen werden weiterhin Autos haben und Raum brauchen, um diese abzustellen. Wo immer wir Raum schaffen wollen und müssen für Radwege, -schutzstreifen o.Ä., werden wir für wegfallende Autoparkplätze (häufig wären davon Mieter betroffen) nach Lösungen suchen müssen: Parkraum in Seitenstraßen, platzsparende Mehrstockgaragen o.Ä.

Eine bessere Rad- und Businfrastruktur wird mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass eine Reihe von Zweit- und Drittautos nicht mehr gebraucht wird, das würde den Parkraumbedarf reduzieren.

Die Einschränkung des Autoverkehrs muss im Dialog erfolgen, nicht über die Köpfe von Betroffenen hinweg. Das würde Verdrossenheit schüren und Bürgern den Radikalen in die Arme treiben.

4. "Wir erreichen 100% Erneuerbare Energien (Strom, Wärme, Verkehr) bis 2030 und entwickeln entsprechende Flächen."

Wie aus meinen Ausführungen zu Prüfstein Nr. 1 hervorgeht, ist dieses Ziel für die Stadt Freising aus eigener Kraft nicht erreichbar, so sehr man sich das wünschen möchte – weder bis 2030 noch zu einem späteren Zeitpunkt.

Insofern ist auch der seinerzeitige Beschluss des Kreistags zur Energieautarkie bis 2035 gut gemeintes Wunschenken, eine Absichtserklärung, von der man bei klarer Überlegung schon damals wissen musste, dass sie aus eigener Kraft auf dem Gebiet des Landkreises nicht zu erfüllen sein würde (die Überfüllung des Autarkieziels in manchen Landkreisgemeinden beruht nicht auf den lokalen Möglichkeiten durch Solar- und Windstrom, sondern auf den vor vielen Jahrzehnten errichteten Wasserkraftanlagen).

Um das eigentlich unverzichtbare Ziel der Energieautarkie erreichen zu können, brauchen wir gesetzgeberische Unterstützung auf Bundes- und auf Landesebene, z.B. die Abschaffung der bayerischen 10H-Regelung, und ein erfolgreiches Werben in der Bevölkerung, z.B. in der Hallertau, für den Bau neuer WKA, damit wir die 100% EE für die drei genannten Sektoren erreichen können.

5. "Wir veranlassen, dass Neubauten als Plusenergiehäuser gebaut und mit erneuerbaren Energien versorgt werden."

Meinen Sie mit Plusenergiehaus den KfW-Standard 40 plus?

Dieses Ziel finde ich grundsätzlich sehr unterstützenswert.

Für die Mehrkosten in der Errichtung (kommunale, private, betriebliche Bauherren) muss es verlässliche Förderung seitens Bund und Land geben, für eine Kommune ist eine solche Förderung nicht leistbar, sie braucht vielmehr selber Fördermittel.

Ob sich dieser Standard verlässlich auch im Geschoßwohnungsbau mit jeweils Dutzenden Wohneinheiten realisieren lässt, weiß ich nicht – der Standard darf auch nicht zum Preistreiber für Mieter werden.

6. "Wir erreichen, dass Bauunternehmen eine CO2-Bilanzierung sowie die Einhaltung von Energieverordnungen nachweisen."

Wenn die Stadt im Rahmen von Bebauungsplänen o.Ä. Vorgaben zum Energiestandard von Gebäuden macht bzw. machen kann, wird sie natürlich entsprechende Nachweise zur Erfüllung der geforderten Standards verlangen – das unterstütze ich.

Welche konkreten Nachweisverfahren effektiv, verlässlich und möglichst unbürokratisch sind, ist mir nicht bekannt.

7. "Auch gegen wirtschaftliche Interessen, wie bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete, erreichen wir die Minimierung neuer Bodenversiegelung mit dem Ziel einer Netto-Null."

Ich bin dafür, Bodenversiegelung so gering wie möglich zu halten.

Ich bin kein Fachmann für die Kompensationsmöglichkeiten von Bodenversiegelung, aber ich baue darauf, dass OB, Stadträtinnen und Stadträte dazu im Rahmen der jeweiligen Planungsverfahren zu entsprechenden Vorhaben beim Bau von Wohnungen, Gewerbeeinrichtungen oder Verkehrswegen (Straßenneubau sollte in unserer Region nur noch in neuen Wohngebieten stattfinden) die nötigen Informationen erhalten, wenn sie aktiv das Ziel minimierter Versiegelung verfolgen.

Bei Gewerbeanlagen muss die Nutzung von Leerständen und die Neuordnung bestehender Gebiete Vorrang vor Neuausweisungen haben.

In einer Region, deren Bevölkerung auch in den kommenden Jahrzehnten aller Voraussicht nach wachsen wird, wird eine Netto-Null in der Realität wohl nicht erreicht werden können.

Hinter der Ausweisung neuer Gewerbegebiete, so zurückhaltend sie erfolgen soll, stehen nicht nur "wirtschaftliche Interessen". In Gewerbegebieten finden Menschen Arbeit und sichern so ihre Existenz und die ihrer Angehörigen. Diese Menschen haben "Existenzinteressen" und auch diese wirtschaftlichen und sozialen Interessen müssen berücksichtigt werden.

8. "Wir entwickeln innerhalb der kommenden Legislaturperiode Szenarien für eine Renaturierung/Wiedervernässung des Freisinger Moores."

Absolute Unterstützung für die Wiederherstellung dieser Klimasenke – steht im SPD-Programm (S. 13) ☺.

9. "Wir erstellen ein Konzept zur Förderung der Biodiversität und der städtischen Durchgrünung und setzen dieses um."

Unterstützung! – Ich denke, ein solcher Ansatz wird wohl auch Teil der Überlegungen im Rahmen des angestrebten Klimaanpassungskonzeptes sein.

10. "Wir fördern und bauen ökologische Landwirtschaft in und um Freising aus."

So wünschenswert der ökologische Umbau der Landwirtschaft ist (wobei die Bezahlbarkeit der Produkte für kleine Geldbeutel ein eigenes Thema ist!), muss man ehrlicherweise festhalten: Eine Kommune hat in diesem Bereich keine Befugnisse und keine Zuständigkeit.

Was die Stadt Freising (und der Landkreis) tun kann, ist, z.B. durch entsprechende Nachfrage im Bereich Nahrungsmittel (Kittas, Schulen, Krankenhaus, Bewirtung bei Veranstaltungen etc.) ökologische Landwirtschaft in der Region zu stärken.

Für die aktive Förderung des Umbaus könnte die Kommune vielleicht theoretisch Mittel zur Verfügung stellen. Angesichts der Summen, die wir in den kommenden Jahren für städtischen Wohnungsbau, für Busverkehr und Radwege, für Schulbau, Kittas, Innenstadtumbau, Asam-Sanierung usw. ausgeben müssen, stehen keinerlei im Ansatz relevante Mittel für die ökologische Landwirtschaft zur Verfügung – dies ist Aufgabe der Landes-, der Bundes- und der Europapolitik.

11. "Wir agieren als Vorbild für öko-soziales Verhalten, unter anderem in den Bereichen Energie, Beschaffung und Investitionen."

Dem kann ich – ohne die Vorstellungen im Detail zu kennen – gut zustimmen.

12. "Wir entwickeln wirksame Maßnahmen zur Müllreduktion und zur sachgerechten Abfall-Entsorgung."

Auch dies ist ein wünschenswertes Vorhaben – die Punkte, an denen eine Kommune hier so wirksam ansetzen kann, dass es zu sicht- und messbaren Erfolgen kommt, sehe ich ehrlich gesagt nicht.